

DIE POLITISCHEN UND VERWALTUNGSSTRUKTUREN IN KANADA

Britische Verfassungstradition in einem föderalen Gewand

Aus unserer Serie „Blick über den Gartenzaun“

Kanada ist vielleicht das europäischste Land außerhalb Europas. Es wurde geprägt von europäischen Einwanderern vornehmlich von den britischen Inseln und aus Frankreich, und es teilt bis heute den europäischen Wertekonsens einer Freiheit, die sich in Verantwortung bindet. Nicht zuletzt durch die Debatten zum europäisch-kanadischen Freihandelsabkommen CETA sind die vielfältigen kulturellen Analogien zwischen Kanada und der EU wieder ins Blickfeld gerückt. Kanada ist uns deutlich näher als dessen südlicher Nachbar und man kann davon ausgehen, dass CETA weitaus weniger Widerstand ausgelöst hätte, wenn nicht gleichzeitig ein ähnliches Abkommen mit den USA in Rede gestanden hätte. Kanada ist das zweitgrößte Land der Erde, findet sich unter den zehn stärksten Wirtschaftsmächten der Welt, ist Mitglied der G8 und gibt seit Jahrzehnten ein Beispiel, wie sich äußerst unterschiedliche Kulturen und Ethnien sozial verantwortlich und wirtschaftlich prosperierend in einem Gemeinwesen vereinen lassen. Lesen Sie im Folgenden einen Beitrag aus unserer Rubrik „Blick über den Gartenzaun“. Ein Überblick über die Verwaltungsstrukturen und die kommunale Selbstverwaltung in Kanada.

Nordamerika und damit auch Kanada wurde vor etwa 12.000 Jahren von Asien her besiedelt. Spätestens um das Jahr 1.000 n. Chr. erreichten die ersten europäischen Siedler das heutige Kanada. Nachgewiesen sind einige Wikingersiedlungen an der Küste Neufundlands, die allerdings nur wenige Jahre bestanden. Ein prägender europäischer Einfluss zeigte sich erst in der kolumbischen Phase. In

diesem Sinne gilt Giovanni Caboto, ein italienischer Seefahrer in englischen Diensten, als der „Entdecker“ Nordamerikas. Im 16. Jahrhundert entwickelten sich erste Tauschhandelskontakte mit den indigenen Stämmen, im frühen 17. Jahrhundert entstanden die ersten Kolonien. Französische Siedler gründeten die Stadt Quebec, Engländer ließen sich in Neufundland nieder. Im weiteren

Verlauf entspann sich eine starke Konkurrenz zwischen Siedlern aus beiden Nationen. England hatte infolge der Glorreichen Revolution von 1688 den Feudalismus deutlich abgeschwächt. Eigentum wurde individualisiert, Freizügigkeit galt für alle, die keine Sklaven waren, und Arbeit wurde zunehmend zur Ware. Dies galt in gleicher Weise für die nordamerikanischen Kolonien.



Alte Wikingersiedlung im neufundländischen L'Anse aux Meadows

In den französischsprachigen Gebieten wurden die feudalen Strukturen erst Mitte des 19. Jahrhunderts aufgehoben. Daraus entsprang eine starke Abhängigkeit von wenigen Familien, die zudem ihren Mittelpunkt in Frankreich sahen.

Franzosen, Engländer und die indigenen Völker kämpften im 17. Jahrhundert um Handelsprivilegien und Jagdrechte. Dabei kam es immer wieder zu kriegerischen Auseinandersetzungen. Häufig setzten sich auch die Konfrontationen unter den europäischen Großmächten in den überseeischen Kolonien fort. 1759 erlitten die Franzosen eine entscheidende Niederlage in der Schlacht auf der Abraham-Ebene. Die Briten eroberten Quebec und im Pariser Frieden von 1763 trat Frankreich alle kanadischen Besitzungen an Großbritannien ab. Frankreich seinerseits unterstützte den Kampf der US-Amerikaner gegen Großbritannien im Unabhängigkeitskrieg, doch als US-Truppen nach Montreal vordrangen, wurden sie von franko-kanadischen Siedlern zurückgeschlagen. Die französisch-katholische Mehrheit Kanadas geriet in die Minderheit, als nach dem Ende des US-amerikanischen Unabhängigkeitskrieges mehr als 50.000 Loyalisten angesiedelt wurden.

Da sie überwiegend an den Großen Seen lebten, bildete sich ein zweiter Siedlungskern, der sich in Konfession, Wirtschaftsweise, Kultur und Sprache unterschied. Das Verfassungsgesetz von 1791 richtete zwei selbstständige Provinzen ein – das englisch geprägte Oberkanada und das französische Niederkanada. Die Grenze zwischen beiden Gebieten bildete der Ottawa-Fluss. Die Mehrheit der irokesischen Stämme, die auf der Seite der Briten gekämpft hatten, verblieb in Kanada oder zog dorthin. Ihre Gebiete bildeten zunächst einen weiteren Siedlungsraum, doch durch die anhaltende Zuwanderung aus Europa wurden die Irokesen zunehmend marginalisiert.

Krankheiten, allen voran die Pocken, eilten den Europäern voraus westwärts und trafen Stämme, die noch gar nicht mit den Einwanderern in Berührung gekommen waren. Insgesamt fiel mehr als die Hälfte der indigenen Bevölkerung eingeschleppten Krankheiten zum Opfer. Handels- und Entdeckungsfahrten führten ab 1770 erste Spanier und Briten an die kanadische Pazifikküste. Ab den 1830er Jahren übernahm die Hudson-Bay-Handelsgesellschaft mit Einverständnis der britischen Krone die kolonialstaatlichen Aufgaben an der Westküste.

Die Ausformung des Bundesstaates

Im Britisch-Amerikanischen Krieg von 1812 bis 1814/15 scheiterte ein zweiter Versuch der USA, Kanada zu erobern. Der Widerstand gegen die Invasoren spielte eine wichtige Rolle bei der Entstehung eines gemeinsamen Nationalgefühls. 1818 legten die Kriegsgegner ihre

Konflikte im Londoner Vertrag bei. Nachdem sich secessionistische Tendenzen auch in Kanada Bahn brachen, schlug Generalgouverneur Lord Durham der Krone eine verstärkte Selbstverwaltung und eine parlamentarische Regierungsform vor. Gleichzeitig sollte das Englische zur alleinigen Amtssprache erhoben werden. Diese Vorschläge wurden mit dem Act of Union 1840 umgesetzt. Aus der Vereinigung von Ober- und Niederkanada entstand 1841 die gemeinsame Provinz Kanada. Als 1849 eine neue Steuer eingeführt wurde, kam es in Montreal zu zweitägigen Straßenkämpfen. Einen Monat später beschloss die Regierung, die Hauptstadt zu verlegen. Zuerst wechselten sich Toronto und Québec ab. 1857 dann entschied Königin Victoria, dass Ottawa an der Grenze zwischen französischem und englischem Sprachgebiet die neue Hauptstadt werden soll.

Ab 1793 wurde die Sklaverei in Oberkanada Schritt für Schritt abgeschafft. Mit der 1780 gegründeten Underground Railroad wurden bis 1862 über dreißigtausend Sklaven aus den Südstaaten der USA befreit und nach Kanada gebracht. Zeitweise kamen pro Jahr 1.000 Sklaven. Nachdem Großbritannien und die USA sich 1846 auf den 49. Breitengrad als Grenze von den Großen Seen bis zum Pazifik geeinigt hatten, schuf die britische Regierung mit British Columbia und Vancouver Island zwei weitere Kolonien. Beide wurden 1866 vereinigt.

Weil sich das Verhältnis zwischen Großbritannien und den USA in den 1860er Jahren erneut bis knapp an den Ausbruch eines Krieges verschlechtert hatte, sollte möglichen Angriffen der USA ein starker Bundesstaat entgegengestellt werden. Ab 1866 wurde in drei Konferenzen über die Schaffung einer Kanadischen Konföderation verhandelt. Zur Provinz Kanada aus den heutigen Provinzen Ontario und Québec kamen New Brunswick und Nova Scotia. Das Parlament erklärte den 1. Juli zum Nationalfeiertag; zuerst als Dominion Day und ab 1982 als Canada Day.

Die neue Bundesregierung kaufte 1869 von der Hudson Bay Company weite Gebiete im Norden, die zu den Northwest-Territorien vereinigt wurden. Bis in die 1920er Jahre wurden mit den indigenen Völkern verschiedene Verträge geschlossen, die ihnen immer größere Gebiete abtröteten. Die Stämme gingen vor allem deshalb darauf ein, weil ihnen mit der Ausrottung der Büffel ihre Lebensgrundlage genommen war.

1871 schloss sich British Columbia an der Pazifikküste dem Bundesstaat an, 1873 trat auch Prince Edward Island im Atlantik der Konföderation bei. Unter teils konservativen, teils liberalen Regierungen erlebte Kanada einen rapiden Aufschwung. Eine wichtige Rolle spielte der Eisenbahnbau, der die Prärieprovinzen, die Rockies und die Westküste erschloss. Die

Canadian Pacific Railway vollendete 1886 die transkontinentale Eisenbahnverbindung und stieg zum wichtigsten Unternehmen Kanadas auf.

Das ausgehende 19. Jahrhundert war darüber hinaus gekennzeichnet von intensiven innerstaatlichen Auseinandersetzungen. In den Provinzen Manitoba, Ontario und New Brunswick brach der Sprachenstreit zwischen französisch- und englischsprachigen Siedlern wieder auf. Zudem rebellierten die vornehmlich französischsprachigen Mestizen, weil sie zunehmend in Konkurrenz zu einer extensiven Viehwirtschaft treten mussten. Der Goldrausch am Klondike lockte zeitweise über 100.000 Menschen in die Region. In direkter Folge wurde 1898 das Yukon-Territorium von den Northwest-Territorien abgetrennt. Aus weiteren Teilen der Northwest-Territorien entstanden 1905 die Provinzen Alberta und Saskatchewan.

Gegenüber den indigenen Völkern verfolgte man eine Politik der Missionierung und Segregation. 1918 wurde das aktive und passive Wahlrecht für Frauen auf Provinz- und Bundesebene eingeführt. Die indigenen Stämme mussten darauf bis zum Jahr 1960 warten. Die Öffnung des Panamakanals ermöglichte es der Westküstenregion British Columbia erstmals, ihre Produkte auch an der deutlich dichter besiedelten Ostküste anzubieten. Insgesamt zeigte sich im beginnenden 20. Jahrhundert eine rasante Verstärkung insbesondere am Sankt-Lorenz-Strom und an den Großen Seen. Mit dem Statut von Westminster wurde Kanada 1931 ein souveräner Staat, an dessen Spitze der König bzw. die Königin von Großbritannien steht und der dadurch Teil des britischen Commonwealth of Nations blieb. Damit war nach dreihundert Jahren europäischer Siedlungsgeschichte die Unabhängigkeit der kanadischen Provinzen besiegelt.

Das moderne Kanada

Obwohl die kanadische Politik auf eine völlige Unabhängigkeit abzielte, wurde das Mutterland Großbritannien sowohl im Burenkrieg als auch im Ersten Weltkrieg unterstützt. 330.000 von rund acht Millionen Kanadiern standen unter Waffen, über 60.000 starben.

In der Zwischenkriegszeit wurde das Land von der Weltwirtschaftskrise hart getroffen. Sie barg nicht nur soziale und politische, sondern auch secessionistische Sprengkraft. Die Provinzen British Columbia und Quebec standen kurz vor einer Abspaltung. Letztlich wurde die Krise durch eine enge wirtschaftliche Bindung an die USA und durch Währungsabwertungen bewältigt. Die USA lösten in der Folge Großbritannien als engsten Handelspartner ab. Ähnlich wie US-Präsident Franklin D. Roosevelt veröffentlichte auch der kanadische Premierminister Richard Bennett



Die Forderung nach einem freien Quebec wurde in zwei Referenden jeweils sehr knapp mit einem „pour Canada“ beantwortet.

einen sozialpolitischen New Deal zur Überwindung der Krise im eigenen Land. Im Gegensatz zum südlichen Nachbarn war die Wende zum Wohlfahrtsstaat in Kanada nachhaltig.

Auch im Zweiten Weltkrieg engagierte sich Kanada wieder an der Seite der Alliierten. In Asien und Europa waren mehr als eine Million kanadische Soldaten im Einsatz. Fast 50.000 von ihnen verloren ihr Leben. Englischsprachige Kanadier forderten eine aktive Beteiligung, während die Frankokanadier jeden Einsatz außerhalb Kanadas ablehnten. Die französischsprachigen Einwohner Québecs leisteten gewaltsamen Widerstand gegen jede Einberufung. Nach dem Angriff Japans auf Pearl Harbor wurden alle 22.000 japanischstämmigen Kanadier entschädigungslos enteignet und bis Kriegsende in Lagern interniert.

1949 wurde das bislang selbstständige Dominion Neufundland nach einer Volksabstimmung zur zehnten kanadischen Provinz. Im mehrheitlich französischsprachigen Quebec entwickelte sich nach dem Ende des Krieges eine starke Unabhängigkeitsbewegung. Sie erhielt zusätzlichen Auftrieb als Charles de Gaulle 1967 die Provinz besuchte und ein freies Quebec forderte. Die „Front für die Befreiung Québecs“ verübte seit 1963 mehr als 200 Bombenanschläge. Politischer Arm der Separatisten war die Parti Québécois, die 1976 auch die Regierung übernahm. Sie setzte das Französische als alleinige Amtssprache durch und leitete ein Unabhängigkeitsreferendum ein. Bei letzterem votierten allerdings 60 Prozent für einen Verbleib beim kanadischen Bundesstaat.

Seit den 1970er Jahren betreibt Kanada eine aktive Einwanderungspolitik. Insbesondere aus Ost- und Südasiens kamen seitdem hunderte-tausende Migranten. Vancouver, das Zentrum der kanadischen Westküste, ist heute eine

mehrheitlich asiatische Stadt. Mit dem Verfassungsgesetz von 1982 verzichtete das britische Parlament auf das Recht, für Kanada Gesetze zu erlassen. Diese Verfassung machte auch den Multikulturalismus zum Staatsprinzip. Es sollte die Aufnahme der in jüngerer Zeit eingewanderten Kanadier erleichtern.

Unter dem konservativen Premierminister Brian Mulroney band sich Kanada in den 1980er Jahren wieder stärker an die USA. Das nord-amerikanische Freihandelsabkommen NAFTA wurde geschlossen und mit neoliberalen Wirtschaftsreformen der sozialpolitische New Deal aufgekündigt. Armut und Obdachlosigkeit sind seither auch in kanadischen Metropolen sichtbare Phänomene.

Bei einem zweiten Québec-Referendum 1995 votierte nur eine äußerst knappe Mehrheit von 50,6 Prozent der Québecer für einen Verbleib bei Kanada. 1999 wurde mit Nunavut das erste kanadische Territorium mit mehrheitlich indigener Bevölkerung geschaffen.

Seit den 1990er Jahren gibt es einen beständigen Wechsel zwischen liberalen und konservativen Regierungen. Letztere suchen regelmäßig eine engere Bindung an die USA, eine Verschärfung der Sicherheitsgesetze und einen Abbau wirtschaftlicher Regulierung. Mit der Wahl des sozialliberalen Premierministers Justin Trudeau ist im vergangenen Jahr wieder eine progressivere Phase angebrochen.

Demografie Kanadas

Kanada hat etwas mehr als 36 Millionen Einwohner. Seit der Gründung des Bundesstaates im Jahr 1866 bis heute liegt das Bevölkerungswachstum durchgängig bei mehr als zehn Prozent

im Zehn-Jahres-Verlauf. Zuwachsraten von jeweils mehr als 30 Prozent gab es in den ersten zehn Jahren des 20. Jahrhunderts während der sprunghaften Industrialisierung des kanadischen Südens sowie in den 1950er Jahren. Seit den 1970er Jahren betreibt das Land eine aktive Einwanderungspolitik, was bis heute für ein stabiles Wachstum sorgt. Aufgrund der klimatischen Bedingungen konzentrieren sich die Siedlungsschwerpunkte auf den Süden des Landes.

Die bei weitem bevölkerungsreichste Provinz ist Ontario oberhalb der fünf großen Seen. Hier liegt mit Toronto auch die größte Metropolregion. In und um die Stadt leben mehr als fünf Millionen Menschen. Die nach Bevölkerung zweitgrößte Provinz ist das französischsprachige Quebec. Hier konzentriert sich die Bevölkerung entlang des Sankt-Lorenz-Stroms, der die Großen Seen mit dem Atlantik verbindet. Die Metropolregion Montreal hat knapp vier Millionen Einwohner. Ontario und Quebec entsprechen in etwa auch den ersten kanadischen Provinzen Ober- und Niederkanada. Deren Grenze markiert den Übergang vom englisch- zum französischsprachigen Kanada. Hier liegt die kanadische Hauptstadt Ottawa, in deren Metropolraum 1,2 Millionen Menschen leben. Insgesamt konzentriert sich fast die Hälfte der kanadischen Bevölkerung in einem Gürtel von den Nordufern der Großen Seen über den Sankt-Lorenz-Strom bis zum Sankt-Lorenz-Golf.

Mit Fertigstellung der Canadian Pacific Railway konnten seit Beginn des 20. Jahrhunderts auch die westlichen Provinzen ein massives Wachstum generieren. Mit viereinhalb Millionen Einwohnern ist die Westküstenprovinz British Columbia die drittbevölkerungsreichste des Landes. Allein in der Metropolregion Vancouver

leben etwa zweieinhalb Millionen Menschen. Auf Rang vier liegt die Provinz Alberta mit Anteilen an den Rocky Mountains und an der kanadischen Prärie. Deren 3,6 Millionen Einwohner verteilen sich zu großen Teilen auf die Metropolregionen Calgary und Edmonton mit jeweils 1,2 Millionen Einwohnern.

Die 20 kanadischen Metropolregionen mit mehr als 200.000 Einwohnern

Metropolregion	Bundesstaat	Einwohner in Mio.
Toronto	Ontario	5,584
Montreal	Quebec	3,824
Vancouver	British Columbia	2,313
Ottawa-Gatineau	Ontario / Quebec	1,236
Calgary	Alberta	1,215
Edmonton	Alberta	1,160
Quebec Ville	Quebec	0,766
Winnipeg	Manitoba	0,730
Hamilton	Ontario	0,721
Kitchener-Cambridge-Waterloo	Ontario	0,477
London	Ontario	0,475
St. Catherines-Niagara	Ontario	0,392
Halifax	New Brunswick	0,390
Oshawa	Ontario	0,356
Victoria	British Columbia	0,345
Windsor	Ontario	0,319
Saskatoon	Saskatchewan	0,261
Regina	Saskatchewan	0,211
Sherbrooke	Quebec	0,202
St. John's	Neufundland und Labrador	0,200

Mit einem Bevölkerungswachstum von 20,4 Prozent zwischen 1990 und 2008 liegt Kanada zwar etwas hinter den nordamerikanischen Nachbarn USA (21,7 Prozent) und Mexiko (31,2 Prozent) zurück, allerdings noch immer deutlich vor der Europäischen Union in ihrem aktuellen Zuschnitt (4 Prozent) und der Bundesrepublik Deutschland (2,7 Prozent). Für die kommenden Jahre ist ein weiteres Wachstum zu erwarten. Allerdings unterscheiden sich die Projektionen der nationalen kanadischen Statistikbehörde sowie des US-Zensus-Büros recht deutlich voneinander. Die Kanadier gehen für das Jahr 2050 von einer Einwohnerzahl um 56 Millionen aus. Die Vorhersage der US-amerikanischen Statistikbehörde liegt dagegen nur bei 41 Millionen. Glaubt man den kanadischen Statistikern, werden sich die Wachstumsraten in den kommenden Jahren nochmals deutlich ausweiten um sich gegen Mitte

des 21. Jahrhunderts stabil auf etwa zwölf Prozent im Zehnjahreszeitraum einzupendeln.

Allerdings liegt die Fruchtbarkeitsrate in Kanada bei lediglich 1,6 Kindern pro Frau. Bereits seit Mitte der 1970er Jahre wird das bei sonst stabilen Einflüssen für eine gleichbleibende Einwohnerzahl nötige Reproduktionsniveau von 2,1

Kindern pro Frau nicht mehr erreicht. Seit Mitte der 1990er lag die Geburtenziffer recht stetig zwischen 1,5 und 1,7 Kindern pro Frau. Kanada rangiert damit deutlich hinter den nordamerikanischen Nachbarn USA (1,88 in 2014) und Mexiko (2,22 in 2014). Um dieses seit Generationen anhaltende Geburtendefizit auszugleichen und dennoch die Wachstumsraten nochmals zu erhöhen, müsste die ohnehin schon hohe Einwanderung nach Kanada nochmals vervielfacht werden.

Angesichts stagnierender demografischer Potentiale in den Quellregionen der Immigration nach Kanada (Ostasien) ist dies kaum zu erwarten. Realistischer und auch unabhängiger erscheint daher die Projektion der US-amerikanischen

Statistikbehörde. Auch hier wird ein signifikantes Wachstum erwartet, das allerdings ab Mitte des Jahrhunderts stagniert. Der Peak wäre nach dieser Vorhersage zwischen 2050 und 2060 mit dann etwa 43 Millionen Kanadiern erreicht. Langfristig wird ab diesem Zeitpunkt eine leichte Schrumpfung prognostiziert.

Die Verstärkerung in Kanada liegt mit 80,7 Prozent etwa im Mittelfeld der entwickelten Industriestaaten. Gleiches gilt für das Medianalter. Hier rangiert Kanada etwas unterhalb des EU-weiten Schnitts – mit 42 Jahren fast fünf Jahre unter dem deutschen Wert, allerdings vier Jahre über dem US-amerikanischen. Mit 84,1 Jahren für Frauen und 80,2 Jahren für Männer hat Kanada eine der höchsten Lebenserwartungen weltweit. Auch hier wird der deutsche Vergleichswert recht deutlich übertroffen, der US-amerikanische ohnehin. Allerdings weist Kanada

mit fast fünf Fällen auf tausend Kleinkinder eine im Industrieländervergleich überdurchschnittliche Kindersterblichkeit auf.

Kanada ist ein kulturell und ethnisch sehr heterogenes Land, die Nachfahren der europäischen Siedler bilden allerdings noch immer die mit Abstand größte Gruppe. Grundsätzlich muss beim Vergleich der ethnischen Herkunft berücksichtigt werden, dass die Angaben auf Selbstauskünften beruhen. Hier war es neben anderen auch möglich, die Zuschreibung „kanadisch“ anzukreuzen, wobei unklar bleibt, was sich dahinter verbirgt – die indigenen Minderheiten der First Nations und der Inuit jedenfalls nicht. Mit 32,2 Prozent bezeichnete sich in der aus dem Jahre 2013 stammenden Umfrage des Kanadischen Statistikamtes ein Drittel der Befragten als Kanadier.

Dahinter rangieren mit England (19,8 Prozent) und Frankreich (15,4 Prozent) die Mutternationen der kanadischen Amtssprachen. Weitere 14,4 Prozent ordnen sich als schottisch und 13,8 Prozent als irisch ein. Damit liegt der Anteil der Kanadier von den Britischen Inseln bei 48 Prozent. Etwa zehn Prozent sehen sich noch immer als deutschstämmig. Dahinter folgen mit jeweils 4,5 Prozent Italo- und Sinokanadier. Etwa 4,2 Prozent ordnen sich den First Nations, also den indigenen Minderheiten zu. Sie sind besonders im sehr dünn besiedelten Norden des Landes mit vergleichsweise hohen Anteilen vertreten und stellen in den Nordwest-Territorien sowie in Nunavut die größte Bevölkerungsgruppe. Die Mestizen kommen landesweit auf 1,4 Prozent.

In Kanada wird zwischen fünf Einwanderungswellen differenziert. Die fünfte und letzte begann mit der Revision des Einwanderungsgesetzes 1976 unter dem linksliberalen Premierminister Pierre Trudeau und hält bis heute an. Von den vier vorherigen Wellen unterscheidet sie sich insofern, dass sie insbesondere nicht-weiße Bevölkerungsgruppen betrifft. Nachdem über mehrere Jahrzehnte politischer Konsens zu einer verstärkten Einwanderung bestand, sind sich die kanadischen Parteien seit dem Jahr 2005 weitgehend einig bezüglich einer Eindämmung.

Im Gegensatz zu den USA kommt die Mehrzahl der Einwanderer nicht aus Lateinamerika, sondern aus Ostasien. Insgesamt konzentriert sich die Einwanderung auf die großen Ballungsräume Toronto, Vancouver und Montreal. Etwa zwei Drittel der Einwanderer entfallen auf das kanadische Fachkräftenwerbungsprogramm. Hier werden jährlich Quoten, berufliche Hintergründe und Qualifikationen definiert. Im Jahre 2013 war China mit 13,1 Prozent das Hauptquellland für Einwanderung. Dahinter folgten Indien (11,8 Prozent), die Philippinen (10,5 Prozent), Pakistan (4,4 Prozent), die USA (4,1 Prozent) und der Iran (3,9 Prozent).

Die ethnische Struktur der kanadischen Bevölkerung

Herkunft	Anteil in %	Absolut in Mio.	Bundesstaat mit dem höchsten Anteil
Englisch	19,8	6,510	Neufundland und Labrador (43,4 %)
Französisch	15,4	5,066	Quebec (29,1 %)
Schottisch	14,4	4,715	Prince Edward Island (39,3 %)
Irish	13,8	4,545	Prince Edward Island (30,4 %)
Deutsch	9,8	3,203	Saskatchewan (28,6 %)
Italienisch	4,5	1,488	Ontario (7 %)
Chinesisch	4,5	1,488	British Columbia (10,7 %)
First Nations	4,17	1,369	Nordwestterritorien (37 %)
Ukrainisch	3,81	1,251	Manitoba (14,9 %)
Indisch	3,55	1,165	British Columbia (6,3 %)
Niederländisch	3,25	1,165	Alberta (5,1 %)
Polnisch	3,08	1,011	Manitoba (7,3 %)
Philippinisch	2,02	0,663	Manitoba (5,2 %)
Russisch	1,68	0,551	Manitoba (4,3 %)
Walisisch	1,40	0,459	Yukon (2,8 %)
Norwegisch	1,38	0,453	Saskatchewan (6,9 %)
Mestizen	1,36	0,448	Nordwestterritorien (6,7%)

Die Daten beruhen auf Selbstauskünften. 32,2 Prozent der Befragten ordneten sich selbst die Zuschreibung „kanadisch“ zu. Da dies nichts über die Herkunft aussagt, wurde dieser Punkt ausgespart. In Kanada leben etwa 50.000 Inuit. Dies entspricht 0,14 Prozent der Gesamtbevölkerung. In Nunavut stellen sie 85,4 Prozent der Bevölkerung.

Das politische System

Kanada ist eine parlamentarische Demokratie mit einer langen föderalen Tradition. Staatsoberhaupt ist die Königin von Großbritannien und Nordirland bzw. der von ihr eingesetzte Generalgouverneur. Der kanadische Parlamentarismus zeigt deutliche Einflüsse der Westminster-Demokratie, allerdings ist die Rolle der Parteien in Kanada stärker ausgeprägt. Im Jahre 1931 wurde Kanada und anderen Kronbesitzungen die volle Autonomie zugesprochen. Allerdings konnten sich die kanadischen Parlamentarier lange nicht auf einen einheitlichen Verfassungsgebungsprozess einigen, sodass erst ab 1982 eine vollständige legislative Autonomie von Westminster besteht.

Demokratische Legitimation auf Bundesebene

Das kanadische Zweikammerparlament besteht aus drei Bestandteilen, der Monarchin, dem Senat und dem Unterhaus. Der Senat soll als regionale Vertretung wirken. Die 75 Mitglieder werden auf Empfehlung des kanadischen Premierministers durch den Generalgouverneur ernannt. Ursprünglich sollten Ontario, Quebec, die westlichen Provinzen und die Atlantikregionen gleichmäßig repräsentiert sein, im Zuge von Absprachen, Kompromissen und

Ausnahmen ist dieser Proporz aktuell jedoch nicht mehr gewährleistet. Der Senat hat im Normalfall 75 Mitglieder, kann allerdings um acht weitere Abgeordnete erweitert werden, solange dies einer gleichmäßigeren regionalen Verteilung dient.

Das Unterhaus besteht aus 338 Mitgliedern. Diese werden in ebenso vielen Wahlkreisen nach dem Mehrheitswahlrecht bestimmt. Um ein Mandat zu erringen ist nur die relative Mehrheit als stärkster Kandidat und nicht die absolute Mehrheit der absoluten Wahlstimmen notwendig. Die Mandate werden für maximal fünf Jahre erteilt. Bis zum Ablauf dieser Zeitspanne muss eine Neuwahl erfolgen. Die Größe des Unterhauses, der Zuschnitt der Wahlbezirke und die Zahl der Wahlkreise pro Bundesstaat werden nach jedem Zensus der demografischen Entwicklung angepasst.

Die Kanadier können lediglich für ihren lokalen Direktkandidaten und nicht für eine bestimmte Partei votieren. Die Parteien wählen ihre Vorsitzenden im Regelfall in zwei Wahlgängen unter ihren Mitgliedern. Jene Partei, die im Unterhaus die meisten Mandate erringen konnte, stellt normalerweise auch den Premierminister. Wenn eine Partei eine absolute Mehrheit unter sich vereinigt, wird in Kanada von einer Mehrheitsregierung gesprochen. Hält die betreffende Partei nur eine relative Mehrheit oder ist sie gar auf eine Mehrparteienkoalition angewiesen, wird von einer Minderheitsregierung gesprochen. Grundsätzlich beauftragt der Generalgouverneur den Führer der stärksten Fraktion im Unterhaus mit der Bildung der Regierung. Hält diese Partei keine eigene Mehrheit, muss sie zumindest die Aussicht auf eine Koalitionsmehrheit begründen können.

Die Exekutive wird auf Bundesebene vom Premierminister und den Ministerien gebildet. Unterschieden wird zwischen Querschnittsministerien (Geheimdienstkoordination, Finanzen) und Ressortministerien (Außen, Arbeit, Verteidigung, Innen, Öffentliche Sicherheit, Einwanderung etc.) Aktuell sind folgende Parteien im kanadischen Unterhaus vertreten:

Die **Liberalen Partei Kanadas** ist die klassische Partei der Mitte. Im politischen Spektrum befindet sie sich links von den Konservativen und rechts von den Sozialdemokraten. Sie wird oft als natürliche Regierungspartei Kanadas angesehen, da sie an den meisten Regierungen seit Beginn des 20. Jahrhunderts beteiligt war. Parteivorsitzender ist Justin Trudeau, der aktuell auch als



Premierminister amtiert. Die Liberalen sind die einzige Partei, die seit Gründung der kanadischen Konföderation im Jahre 1967 ununterbrochen existiert. Bei der Unterhauswahl 2015 konnten die Liberalen unter Justin Trudeau erstmals nach 2004 wieder die stärkste Kraft im Parlament werden und zudem auch die absolute Mehrheit erringen.

Die **Konservative Partei Kanadas** entstand im Dezember 2003 aus der Fusion der Progressiv-konservativen Partei mit der Kanadischen Allianz. Nach der Unterhauswahl 2011 stellte sie mit 167 von 308 Sitzen im Unterhaus eine Mehrheitsregierung unter der Führung des Parteivorsitzenden und Premierministers Stephen Harper. Seit der Niederlage bei den Wahlen 2015 befindet sie sich in der Opposition. In Anlehnung an die britische Conservative Party werden die kanadischen Konservativen meist als „Tories“ bezeichnet. Die Konservativen werden derzeit kommissarisch von Rhona Ambrose geführt.

Die **Neue Sozialdemokratische Partei Kanadas** (NDP) besetzt klar linke Positionen. Die NDP entstand 1961 aus der Fusion zweier Gewerkschaften. Bei den Wahlen 2011 steigerte die Partei ihren Stimmenanteil von 18 auf 30 Prozent sowie die Zahl ihrer Parlamentssitze von 34 auf 102. Sie löste damit die Liberale Partei als klassischen Gegenspieler der Konservativen

ab. Diese Entwicklung konnte 2015 aber nicht bestätigt werden, die NDP verlor deutlich Sitze und die Liberalen erreichten die absolute Mehrheit. Derzeit hält die NDP 44 Sitze im Unterhaus.

Der **Bloc Québécois** ist eine sozialdemokratische und separatistische Partei. Sie tritt ausschließlich in der französischsprachigen Provinz Québec an. Bei der Unterhauswahl 2015 errang der Bloc zehn der 78 Sitze, die der Provinz Québec zustehen. In seiner heutigen Form entstand der Bloc Québécois 1990 aus einer informellen Verbindung von Abgeordneten der Progressiv-konservativen Partei und der Liberalen Partei, die aus ihren Parteien austraten, um die Unabhängigkeit Quebecs zu fördern.

Die **Grüne Partei Kanadas** vertritt vor allem ökologische Positionen. Parteivorsitzende ist seit 2006 Elizabeth May. Die Partei wurde 1983 gegründet und konnte erstmals 2011 einen Sitz im Unterhaus gewinnen. Dieser Wahlkreis in British Columbia konnte auch 2015 verteidigt werden.

Die Provinzen und Territorien Kanadas

John A. Macdonald, Kanadas erster Premierminister, favorisierte zunächst einen Einheitsstaat. Nachdem er jedoch Zeuge des amerikanischen

Bürgerkrieges wurde, unterstützte er einen föderalen Zuschnitt. Schließlich besaß der Gegensatz zwischen dem französischsprachigen Unterkanada und dem englischsprachigen Oberkanada erhebliche secessionistische Sprengkraft.

Am 1. Juli 1867 schlossen sich die Kolonien in Britisch-Nordamerika zur Kanadischen Konföderation zusammen und begründeten das Dominion Kanada. Es entstanden die vier Provinzen Ontario, Québec, New Brunswick und Nova Scotia. Im Verlaufe der folgenden sechs Jahre kamen drei weitere Provinzen hinzu: Manitoba, British Columbia sowie Prince Edward Island.

1905 entstanden aus dem südlich des 60. Breitengrads gelegenen Teil der Nordwest-Territorien die Provinzen Alberta und Saskatchewan. Aus dem westlichen Teil wurde 1898 das Yukon-Territorium geschaffen. 1912 verschoben sich die Grenzen Ontarios, Manitobas und Québecs nordwärts.

Die Neufundländer befürworteten erst 1949 mit knapper Mehrheit den Beitritt zur Konföderation. Das Nordwest-Territorium wurde 1999 erneut verkleinert und es entstand zusätzlich das Territorium Nunavut.

Die Provinzen verfügen über einen hohen Grad an Autonomie gegenüber der Bundesregierung. Sie besitzen legislative Kompetenzen in den Bereichen öffentliche Einrichtungen,



Iqaluit ist der Hauptort des jüngsten kanadischen Territoriums. Nunavut wurde erst im Jahre 1999 aus den Nordwestterritorien herausgelöst. Es wird zu mehr als 85 Prozent von Inuit besiedelt.

Gemeindewesen, Beamtenbesoldung, direkte Steuern, Schulwesen, Gast- und sonstiges lokales Gewerbe, Eigentum und bürgerliches Recht, Gerichtsverfassungsrecht, Zivilprozessrecht, Bergbau, Forstwirtschaft und Energie.

Die Ebene der Bundesstaaten verfügt über umfangreiche Möglichkeiten der Besteuerung. Sie erhält einen nennenswerten Anteil der Einkommensteuer und darf eigene Umsatzsteuern erheben. Neben anderen Einkünften werden im Rahmen eines Finanzausgleichsystems auch Gelder der Bundesebene auf die Bundesstaaten verteilt. Der Bund tätigt Ausgleichszahlungen und nimmt dadurch Einfluss auf die Gesetzgebung der Provinzen, damit die Unterschiede zwischen reicheren und ärmeren Provinzen bei der Besteuerung nicht allzu groß ausfallen und der Standard der Dienstleistungen gleich bleibt. Zu den Aufgaben der Bundesstaaten zählen Bildungswesen, Kultur, Gerichtswesen, Polizei, Gesundheitswesen, Sozialhilfe und Wirtschaftsentwicklung. Sie kontrollieren auch die Nutzung der natürlichen Ressourcen.

Die Provinzen können während einer bestimmten Frist die Nichtanwendung neuer Bundesgesetze beschließen, was aber in der Praxis nur selten geschieht. In den Territorien übernimmt die Bundesregierung zahlreiche Verwaltungsaufgaben selbst.

Als Repräsentant der Krone fungiert in den Provinzen ein Vizegouverneur als Vize-Staatsoberhaupt, der überwiegend zeremonielle Aufgaben übernimmt. Die Kommissare in den Territorien üben die gleichen Funktionen aus, vertreten aber die Bundesregierung und nicht den Monarchen, da die Territorien keine eigenständigen Rechtssubjekte sind.















Jede Provinz und jedes Territorium besitzt ein Einkammerparlament. Ursprünglich existierte in allen Provinzen eine zweite Kammer, diese Oberhäuser wurden jedoch sukzessive abgeschafft, zuletzt in Québec im Jahr 1968. Die Parlamente haben ähnliche Geschäftsordnungen wie das kanadische Unterhaus.

In allen Provinzen ist der als Premierminister bezeichnete Regierungschef üblicherweise der Vorsitzende jener Partei mit den meisten Sitzen. Dies ist auch im Territorium Yukon der Fall, nicht aber in den Nordwest-Territorien und in Nunavut, da es dort keine Parteien auf Territorialebene gibt.

Jede Provinz hat ihr eigenes Gerichtssystem. Oberstes Gericht ist jeweils der Court of Appeal.

Der wesentliche Unterschied zwischen Provinzen und Territorien liegt darin, dass die Provinzen ihre Kompetenzen aus dem Verfassungsgesetz des Jahres 1867 beziehen. So stehen die Provinzen neben der Zentralregierung, während die Territorien eindeutig unter der Bundesebene anzusiedeln sind. Das kanadische Unterhaus kann per Gesetz Aufgaben und Kompetenzen an die Ebene der Territorien transferieren. Alle drei Territorien zusammen repräsentieren den extrem

Die zehn kanadischen Bundesstaaten und die drei Territorien

Bundesstaat / Territorium	Hauptstadt	Einwohner in Mio.	Fläche in km²	Größte Ethnie	Beitritt
 Ontario	Toronto	13,572	1.076.395	Engländer	1867
 Quebec	Quebec Ville	8,028	1.542.056	Franzosen	1867
 British Columbia	Victoria	4,606	944.735	Engländer	1871
 Alberta	Edmonton	3,847	661.848	Engländer	1905
 Manitoba	Winnipeg	1,261	647.797	Engländer	1870
 Saskatchewan	Regina	1,072	651.036	Deutsche	1905
 Nova Scotia	Halifax	0,945	55.284	Schotten	1867
 New Brunswick	Fredericton	0,755	72.908	Franzosen	1867
 Neufundland und Labrador	St. John's	0,509	405.212	Engländer	1949
 Prince Edward Island	Charlottetown	0,146	5.660	Schotten	1873
 Nordwestterritorien	Yellowknife	0,043	1.346.106	First Nations	1870
 Yukon Territorium	Whitehorse	0,035	482.443	Engländer	1898
 Nunavut Territorium	Iqaluit	0,034	2.093.190	Inuit	1999
 Kanada	Ottawa	36,286	9.984.670	Engländer	

dünn besiedelten Norden Kanadas, auf den oftmals schlicht mit „the north“ rekurriert wird. Jedes der Territorien wählt einen Abgeordneten des kanadischen Unterhauses. Mit Ausnahme der Prince-Edward-Insel haben sie damit eine stärkere Vertretung pro Einwohner als die Bundesstaaten.

Die Neuschaffung eines Bundesstaates kann nur per Verfassungsänderung erfolgen, während eine Neugliederung der Territorien lediglich ein Bundesgesetz erfordert. In jüngster Zeit mehren sich die Stimmen, den Territorien den Status von Bundesstaaten zu verleihen. Auslöser dieser Debatte sind der Klimawandel sowie die verstärkten Dispute um die Nutzung der Wasserstraßen der Nordwestpassage. Daneben sollen den in den nördlichen Territorien anteilig noch sehr stark vertretenen indigenen Völkern gleichwertige Kompetenzen zugestanden werden.

Lokale Selbstverwaltung

Die gemeindliche Ebene ist in Kanada zunächst mit Blick auf die Daseinsvorsorge und nicht als demokratische Repräsentanz gebildet worden. Die Kompetenzen zur Ausformung von Grenzen, Strukturen und Aufgaben liegen ausschließlich bei den Bundesstaaten. Der Trend der vergangenen Jahre weist jedoch in Richtung einer stärkeren kommunalen Selbstverwaltung.

Da die Selbstverwaltung in Kanada nicht in der Bundesverfassung garantiert ist, mittlerweile aber auch die gemeindliche Ebene über demokratisch legitimierte Institutionen verfügt, sind in dieser Struktur Konflikte zwischen Provinzial- und

Kommunalebene bereits angelegt. Grundsätzlich wird die gemeindliche Ebene vollständig durch Provinzialrecht reguliert. Daraus wiederum ergeben sich erhebliche Unterschiede zwischen den Gemeinden in verschiedenen Provinzen.

Es bestehen ein- und zweistufige Verwaltungen, verschiedene Wahlsysteme sowie recht unterschiedliche rechtliche Rahmenbedingungen. In den einwohnerstärksten Provinzen Ontario, Quebec und British Columbia sind Distrikte gebildet worden, die die Arbeit der in ihren Grenzen liegenden Gemeinden beaufsichtigen. Andere Provinzen – wie etwa Manitoba – sind zu einer einstufigen Verwaltung zurückgekehrt.

Viele kleinere Städte verfolgen ein Ratsmodell, innerhalb dessen gewählte Räte die Erbringung der Daseinsvorsorge – mitunter in eigens zu diesem Zweck gebildeten Subkomitees – überwachen. Andere Kommunen bestimmen per Wahl einen Manager, der wiederum die gesamte Verwaltung bestellt und deren Arbeit überwacht. In vielen westkanadischen Gemeinden ernennt die Ratsverwaltung Beauftragte zur Überwachung der verschiedenen Verwaltungen und zur Erbringung der Daseinsvorsorge.

Im Regelfall sind ländliche und städtische Siedlungsgebiete durch Gemeindegrenzen voneinander getrennt. Einige Ausnahmen bestehen in den östlichen Bundesstaaten am Atlantik. In den vergangenen Jahren vollzog sich ein deutlich erkennbarer Trend zu größeren Gemeinden. Oft sind es die Provinzverwaltungen, die einzelne Gemeinden neu strukturieren oder verschmelzen, nur sehr selten sind derartige Prozesse durch lokale



Mit fünfeinhalb Millionen Einwohnern ist Toronto die größte kanadische Metropolregion.

Referenden in Gang gesetzt worden. Insbesondere die großen Metropolen Kanadas streben nach mehr Unabhängigkeit von ihren Provinzen. Der Bürgermeister von Toronto hat in diesem Zusammenhang das Konzept von Stadtstaaten ins Gespräch gebracht. Kernziel aller Gemeinden ist die Erbringung von Daseinsvorsorgeleistungen. Ein zweites Thema ist

die wirtschaftliche Entwicklung vor Ort. Nur noch in Ontario sind die Gemeinden auch für die soziale Versorgung zuständig. Überall sonst wurden diese Aufgaben an die Provinzen transferiert.

Die kommunale Ebene in Kanada besitzt keinerlei eigene Rechte auf das Generieren von Einnahmen. Steuerliche und anderweitige

Kompetenzen werden sämtlich von der Provinzebene ausgegeben und können von dieser Seite auch wieder eingeschränkt werden.

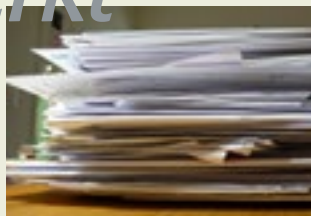
In den vergangenen Jahrzehnten hat sich kanadaweit die Grundsteuer zur typischen Kommunalsteuer entwickelt. Diese Einnahmen decken einen Großteil der kommunalen Budgets. Weitere Quellen sind direkte Subventionen der Provinzebene oder Nutzergebühren für die Erbringung von Leistungen. Ein wesentlicher Teil der Einnahmen entstammt dem kommunalen Finanzausgleich in den Provinzen. Allerdings agieren die Provinzen zunehmend zögerlicher bei der Ausgabe dieser Mittel.

Die Föderation der kanadischen Gemeinden, die analog zu den kommunalen Spitzenverbänden in Deutschland die kommunale Ebene auf Bundes- und Provinzebene vertritt, identifiziert einen kommunalen Investitionsstau von 60 Milliarden Kanadischen Dollar und beklagt in diesem Zusammenhang die Ohnmacht der gemeindlichen Ebene. Vor diesem Hintergrund wird aktuell intensiv über eine Kommunalreform debattiert. So ist im Gespräch, den Kommunen einen Anteil an der Mineralölsteuer zu überlassen.

Von Falk Schäfer ■

Angemerkt

Das System der demokratischen Vertretung in Kanada entstammt der Tradition von Westminster. Dies ist bis heute deutlich zu erkennen. Die kanadische Verfassung beschränkt sich in einigen grundlegenden Aussagen. Vorherrschender Rechtskreis ist das Common Law, das sich insbesondere auf maßgebliche richterliche Urteile der Vergangenheit stützt. Den wesentlichen Unterschied zur britischen Tradition markiert der kanadische Föderalismus. Hier diente eher der südliche Nachbar als Vorbild und weniger das britische Mutterland. Bundesstaatliche Strukturen passen zur Größe des Landes und zu seiner ethnisch/sprachlichen Heterogenität. Sie haben sich in den vergangenen Jahrzehnten bewährt. Im Hinblick auf die kommunale Ebene besteht allerdings intensiver Reformbedarf. Die Gemeinden verharren in finanzieller und politischer Ohnmacht, von einer kommunalen Selbstverwaltung kann kaum die Rede sein. Zu umfassend und direkt sind in die Einwirkungsmöglichkeiten der Provinzen. Die Debatte ist im Gange. Als Vorbilder könnten die skandinavischen Kommunalstaaten mit einer ähnlichen Siedlungsdichte und einer vergleichbaren politischen Kultur dienen.



Falk Schäfer



www.canada.ca
www.fcm.ca